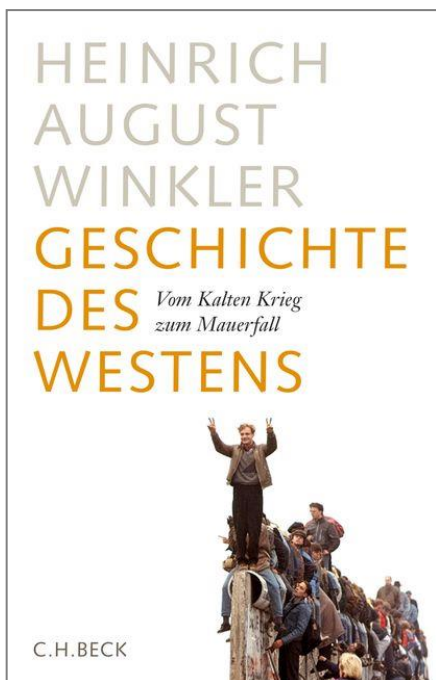


Unverkäufliche Leseprobe



Heinrich August Winkler
Geschichte des Westens
Vom Kalten Krieg zum Mauerfall

1258. In Leinen
ISBN: 978-3-406-66984-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/13732446>

Vorwort

Historische Darstellungen bedürfen eines zeitlichen Fluchtpunkts. Als Fluchtpunkte bieten sich vor allem Zäsuren an, die eine klare Gliederung der zeitlichen Abläufe in ein Davor und Danach erlauben. Beim zweiten Band meiner «Geschichte des Westens» war dies das Ende des Zweiten Weltkriegs. Beim dritten und vorletzten Band des Gesamtwerks ist es das Ende des Ost-West-Konflikts, der beherrschenden Konstellation der Nachkriegszeit, in den Jahren 1989 bis 1991, und damit ebenfalls eine weltgeschichtliche Epochenwende.

Doch wie die vorangegangenen beiden Bände hat der dritte neben dem zeitlichen auch einen normativen Fluchtpunkt. Es ist die Frage nach der Entwicklung jener Ideen, die in ihrer Gesamtheit das normative Projekt des Westens ausmachen. An ihrer Spitze stehen die unveräußerlichen Menschenrechte, die weltgeschichtliche Errungenschaft der beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789. Im Juni 1945, zwei Monate bevor der Zweite Weltkrieg auch in Asien zu Ende ging, bekannten sich die Vereinten Nationen, die Nachfolgerin des Völkerbundes, in ihrer Charta zu diesen Ideen. Gut drei Jahre später, am 10. Dezember 1948, verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Einen völkerrechtlich verbindlichen Charakter besaß die Erklärung nicht. Dennoch entfaltete die Idee der Menschenrechte fortan globale Wirkungen. In den 1970er Jahren wurde das vollends unübersehbar: Die Vereinigten Staaten machten sich unter Präsident Jimmy Carter erneut zum Bannerträger der Menschenrechte. Im Ostblock beriefen sich Dissidenten und Bürgerrechtsbewegungen auf die Helsinki-Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975, in der sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu be-

stimmten Grundfreiheiten bekannt hatten. Für die weltweite Wirkung des innenpolitischen Kampfes gegen lateinamerikanische und südostasiatische Diktaturen und die Rassendiskriminierung des südafrikanischen Apartheidregimes war entscheidend, daß er von international agierenden Nicht-Regierungs-Organisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch aufgegriffen und im Zeichen der universellen Geltung der Menschenrechte geführt wurde. Die Umwälzungen in Ostmittel- und Südosteuropa von 1989/90 bedeuten in dieser Perspektive einen weiteren großen Schritt in Richtung der Globalisierung der Menschenrechte.

Daß die Frage nach der Entwicklung des normativen Projekts des Westens sinnvoll nur in einem transnationalen Rahmen gestellt werden kann, versteht sich infolgedessen von selbst. Und wenn eine Geschichte des Westens auch noch längst keine Globalgeschichte ist, so berührt sie sich mit einer solchen doch darin, daß sie sich anders als in einem globalen Kontext gar nicht schreiben läßt. Eben deshalb handelt dieser Band nie nur von der inneren Entwicklung der Nationen des Westens und den Beziehungen dieser Nationen untereinander, sondern stets auch von den weltpolitischen Gegenspielern des Westens, von Mächten also, die auf den Westen einwirkten und umgekehrt von diesem nachhaltig beeinflußt wurden, sowie von Weltregionen, die lange von westlichen Mächten beherrscht wurden und sich davon erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts befreien konnten.

Der Abschluß des dritten Bandes gibt mir vielfältigen Anlaß, zu danken. Ich nenne zunächst die Humboldt-Universität zu Berlin, die mir nach dem Ende meiner regulären Lehrtätigkeit im Frühjahr 2007 großzügig einen Raum mitsamt dem technischen Inventar zur Verfügung stellte, und die Stiftungen, die es mir in den letzten drei Jahren erlaubten, die Arbeitskraft von zwei studentischen Hilfskräften und meiner langjährigen Mitarbeiterin Monika Roßteuscher, M. A., für jeweils zehn Stunden in der Woche in Anspruch zu nehmen: die Robert Bosch Stiftung, die Gerda Henkel Stiftung, die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung und die Hans Ringier Stiftung.

In den Jahren 2011 bis 2014, in denen ich am dritten Band der «Geschichte des Westens» arbeitete, waren mir die guten Dienste von Angela Abmeier, Sarah Bianchi, Kieran Heinemann, Dario Prati und Monika Roßteuscher eine große Hilfe. Frau Gretchen Seehausen hat aus meiner handschriftlichen Vorlage eine druckfertige PC-Fassung

gemacht und dabei manchen Fehler korrigiert. Was die Unterstützung meines Projekts durch die Humboldt-Universität angeht, erwähne ich stellvertretend meine Kollegen Michael Borgolte, Peter Burschel und Alexander Nützenadel sowie, im Hinblick auf die administrative Betreuung, Frau Gisela Grabo. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

Wie bei den vorangegangenen beiden Bänden war der Cheflektor des Verlages C.H. Beck, Detlef Felken, ein bewundernswert gründlicher Leser und Kommentator des Textes. Wichtige Hinweise ergaben sich aus der kritischen Durchsicht des Manuskripts durch Herrn Alexander Goller, der auch das Register erstellte. Frau Janna Rösch und Herr Jan Dreßler halfen beim Korrekturenlesen. Ihnen allen bin ich zu großem Dank verpflichtet. Gewidmet ist der Band meiner Frau. Ohne ihre kontinuierlichen Denk- und Schreibanstöße gäbe es ihn nicht.

Berlin, im März 2014

Heinrich August Winkler

Einleitung

Der dritte Band der «Geschichte des Westens» handelt von der Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Untergang des Sowjetimperiums, also von 1945 bis 1991. Viereinhalb Jahrzehnte lang stand die Welt im Zeichen der Bipolarität zwischen Washington und Moskau. Daß der Kalte Krieg, von dem man seit 1947 sprach, in Europa kalt blieb, hatte seine Hauptursache im «Gleichgewicht des Schreckens», der Angst vor der wechselseitigen nuklearen Vernichtung – einer Angst, von der sich die Menschheit seit dem Abwurf der ersten beiden Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 nicht mehr befreien konnte.

Der Gegensatz zwischen West und Ost, der die Zeit von 1945 bis 1991 prägte, war nicht immer gleich intensiv. Einer Phase der Konfrontationen, die spätestens mit der Berliner Blockade 1948/49 begann und mit der Beilegung der kubanischen Raketenkrise im Herbst 1962 endete, folgte eine Ära der Entspannung, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von neuen Konfrontationen, beginnend mit der Stationierung modernisierter, auf Mitteleuropa gerichteter sowjetischer Mittelstreckenraketen, abgelöst wurde. Es bedurfte einer «Revolution von oben», des radikalen Regimewandels in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow, um den Ost-West-Konflikt zu überwinden und jene neue Weltordnung zu ermöglichen, von der der amerikanische Präsident George H. W. Bush erstmals im September 1990 sprach.¹

Nie zuvor hatte der transatlantische Westen so sehr eine Einheit gebildet wie in den viereinhalb Jahrzehnten zwischen 1945 und 1990. Wem innerhalb des Westens die Rolle der Hegemonialmacht zufiel, war nie zweifelhaft. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren eine der beiden Supermächte und, als der Kalte Krieg zu Ende ging, die Supermacht schlechthin. Von den größeren Staaten Europas war keiner den USA ebenbürtig. Deutschland, das den Zweiten Weltkrieg ent-

fesselt hatte, war besiegt und wurde von den Siegermächten geteilt. Großbritannien *war* eine Siegermacht, aber durch den Krieg materiell so geschwächt, dass es 1945 fraglich war, wie lange es sein überseeisches Kolonialreich noch würde behaupten können. Erst recht galt das für Frankreich, das unter dem Trauma der Niederlage von 1940 litt und sich eben deshalb lange Zeit verzweifelt dagegen wehrte, ein vermeintliches Attribut seines Großmachtstatus wie den Besitz von Kolonien aufzugeben. Der Prozeß der Dekolonialisierung, der mit der Entlassung Indiens und Pakistans in die Unabhängigkeit im Jahr 1947 begann und sich bis in die siebziger Jahre hinzog, war für alle europäischen Kolonialmächte schmerzhaft – am schmerzlichsten aber wohl für ein kleines Land wie Portugal, das sich denn auch erst nach einer Revolution im Mutterland von den afrikanischen Überresten seiner früheren Größe verabschiedete.

Spätestens 1945 wurde das 20. Jahrhundert zum «amerikanischen Jahrhundert» und eben dadurch auch zum «transatlantischen Jahrhundert». Die Selbsterstörung Europas in zwei Weltkriegen verhalf den USA zu dem Rang, der ihnen mit dem Sieg über die Achsenmächte zugewachsen war. Die Vereinigten Staaten waren die unbestrittene Führungsmacht des Atlantischen Bündnisses und der einzige vollsouveräne Nationalstaat des Westens. Die europäischen Nationalstaaten konnten ihre relative Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit, so paradox es klingt, nur durch supranationale Integration sichern. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, der späteren Europäischen Union, verwandelten sie sich, indem sie Teile ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausübten oder auf übernationale Institutionen übertrugen, in Nationalstaaten eines neuen, des postklassischen Typs. Der Nationalismus hatte in Europa, anders als in der Dritten Welt, seine Integrationskraft und damit seine historische Legitimation eingebüßt. Die nationalen Loyalitäten wurden zunehmend durch transnationale Bindungen wie den Gegensatz zum Kommunismus sowjetischer Prägung und die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der westlichen Demokratien überlagert. Auch und gerade auf ideologischem Gebiet war das «American Century», wie der Historiker Akira Iriye feststellt, ein transnationales Jahrhundert.²

Nicht minder transnational war der lang anhaltende Boom, der aus den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeit bislang ungekannter Prosperität und des Massenkonsums

machte. Die Weltwährungsordnung, die im Juli 1944, rund ein Jahr vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, von Vertretern von 44 Regierungen der Anti-Hitler-Koalition in Bretton Woods im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire vereinbart wurde, schuf den institutionellen Rahmen der internationalen monetären Zusammenarbeit der Nachkriegszeit. Das System von Bretton Woods mit seinen drei Säulen, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, dem GATT, beruhte auf einem gemischten Gold-Dollar-Standard mit dem US-Dollar als Reservewährung und war wesentlich weniger starr als der frühere reine Goldstandard oder der zwischen 1925 und 1931 praktizierte Gold-Devisen-Standard. Bretton Woods gab der Globalisierung der Weltwirtschaft kräftigen Auftrieb. Freilich handelte es sich dabei um eine fragmentarische Globalisierung: Die Sowjetunion und die von ihr abhängigen Staaten weigerten sich, dem von den USA dominierten Weltwährungssystem beizutreten.³

Als die Vereinigten Staaten im März 1973 unter dem Eindruck wachsender Defizite in der Zahlungsbilanz den Dollarkurs freigaben, bedeutete dies das Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods. Sechs Monate später, im Oktober 1973, zog die Organisation Erdölproduzierender Staaten, die OPEC, durch eine massive Erhöhung der Rohölpreise einen Schlußstrich unter die knapp drei Jahrzehnte, in denen niedrige Ölpreise im Wortsinn das Schmiermittel der Weltkonjunktur gewesen waren. Das Ende der exorbitanten Wachstumsraten aber war nicht das Ende der materiellen Erwartungen, die sich in der langen Ära der Nachkriegsprosperität herausgebildet hatten. Um ihren gewohnten Lebensstandard aufrechtzuerhalten, finanzierten viele private Haushalte ihren Konsum mehr als bisher über Kredite; viele Regierungen erhöhten die Staatsschulden, um der Bevölkerung allzu harte Einschnitte zu ersparen und die sozialen Errungenschaften der «fetten Jahre» zu erhalten. Der Weg in den «Schuldenstaat» begann, nicht nur in der westlichen Welt, in den siebziger Jahren.

Der zweite Ölpreisschock, ausgelöst durch die Iranische Revolution von 1979, traf die Staaten des Ostblocks bei weitem härter als die Industriestaaten des Westens, die sich nach 1973 technologisch modernisiert und damit die Energiekosten gesenkt hatten. Unter den Ursachen des Zerfalls des Sowjetimperiums war das immer deutlichere technologische, ökonomische und damit letztlich auch militärische Zurück-

bleiben hinter dem Westen eine der wichtigsten. Dennoch wäre es eine grobe Vereinfachung, die innere Krise der Staaten des «sozialistischen Lagers» in vulgärmarxistischer Manier allein aus der Verschlechterung ihrer materiellen Leistungskraft abzuleiten und die Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 zu einem bloßen Epiphänomen der Krise der Weltwirtschaft seit den siebziger Jahren herabzustufen.

Was die kommunistischen Systeme in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa in den achtziger Jahren zusätzlich schwächte, war der Auftrieb, den die Dissidenten und Bürgerrechtsgruppen des Ostblocks durch die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki von 1975 erhielten – jenes Dokument, in dem die Sowjetunion und ihre Verbündeten sich im Austausch gegen die westliche Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen zur Respektierung wesentlicher Grundrechte wie der Gedanken-, der Religions-, der Meinungs- und Überzeugungsfreiheit verpflichten mußten. Von den Autoren der Prager «Charta 77» bis zu den Aktivisten der unabhängigen polnischen Gewerkschaft «Solidarność» konnten sich fortan alle, die den «real existierenden Sozialismus» in Frage stellten, auf diese Urkunde berufen.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa markiert eine tiefe historische Zäsur. Eric Hobsbawm läßt mit dem Untergang der Sowjetunion 1991 das «Zeitalter des Extreme» und mit ihm das «kurze 20. Jahrhundert» enden, das 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges begonnen hatte.⁴ Die Zeit der totalitären Systeme und Ideologien war nicht weltweit, aber auf dem alten Kontinent abgelaufen und mit ihr *das* Phänomen, das dem 20. Jahrhundert mehr als jedes andere seinen Stempel aufgedrückt hatte. Der ostmitteleuropäische Teil des alten Westens, der am Ende des Zweiten Weltkriegs der sowjetischen Interessensphäre und damit dem späteren Ostblock zugeschlagen worden war, konnte jetzt selbst über seine politische und gesellschaftliche Entwicklung entscheiden und sich auf eine Zukunft innerhalb der Europäischen Union und des Atlantischen Bündnisses vorbereiten. Das geteilte Deutschland schloß sich im Einvernehmen mit den einstigen «Großen Vier» und den europäischen Nachbarn wieder zu *einem* Staat zusammen. Die Vereinigten Staaten wurden, wenn auch nur vorübergehend, zu einer Weltmacht ohne Widerpart: Amerikanischer konnte das «amerikanische Jahrhundert» nicht mehr werden.

Das «Ende der Geschichte» aber, wie Francis Fukuyama meinte, markierte der Untergang des Sowjetkommunismus nicht.⁵ Die unipolare Konstellation erwies sich als Durchgangsstadium zu einer neuen Multipolarität. Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer erscheint es höchst fraglich, ob man noch von einer globalen Vorherrschaft des transatlantischen Westens sprechen kann. Auf einem anderen Blatt steht die Zukunft des normativen Projekts des Westens, der Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie. Aber das ist eine andere Geschichte. Von ihr wird im vierten und letzten Band dieser Geschichte des Westens die Rede sein, der von der Zeit der Gegenwart handelt.

I.
Anfänge des Kalten Krieges:
1945–1949

*Die Ausgangslage: Die Weltmächte und Europa nach dem
Zweiten Weltkrieg*

Das Jahr 1945 markiert eine der großen Zäsuren in der Geschichte des Westens, ja der Weltgeschichte überhaupt. Der Erste Weltkrieg hatte zur Auflösung von drei Vielvölkerreichen geführt: des habsburgischen, des osmanischen und, wenn auch nur teilweise und vorübergehend, des russischen. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich die Herausbildung zweier imperialer Gebilde neuen Typs ab: des amerikanischen und des sowjetischen «Lagers». Das Erbe der Vielvölkerreiche hatten 1918 in Europa Staaten angetreten, die sich, mit der bedingten Ausnahme des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, als Nationalstaaten verstanden, aber alle mehrere Nationalitäten in sich schlossen. Die Partikularisierung der europäischen Staatenwelt gehört zu den herausragenden Merkmalen der Zwischenkriegszeit. Die zweite Nachweltkriegszeit stand hingegen im Zeichen der Polarisierung Europas. Die Nationalstaaten verloren an Bedeutung gegenüber den Blöcken, die sich seit 1947 zu verfestigen begannen: den von den Vereinigten Staaten geführten westlichen Demokratien und den «Volksdemokratien» mit der Sowjetunion als Vormacht.

1945 gab es nur noch zwei Weltmächte: die USA und die Sowjetunion. Großbritannien und Frankreich besaßen zwar weiterhin ausgedehnte Kolonialreiche in Afrika und Asien. Ebenso wie die Republik China verfügten sie über ein Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und damit über den Status einer Großmacht. Gemessen an den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen

Sowjetrepubliken aber waren sie Großmächte minderen Ranges, was für das 1940 besiegte Frankreich noch sehr viel mehr galt als für das Vereinigte Königreich. Der Zweite Weltkrieg hatte beide Länder wirtschaftlich und finanziell nachhaltig geschwächt und ihre imperiale Stellung untergraben.

Die einstigen «Achsenmächte» Deutschland und Japan waren 1945 die beiden Parias der Weltpolitik. Ob sie sich nochmals zu selbständigen Machtfaktoren entwickeln würden, war 1945 offen. Ihr ehemaliger Partner Italien hingegen profitierte davon, daß er im Herbst 1943, nach dem Sturz Mussolinis, die Seiten gewechselt und sich den Alliierten angeschlossen hatte. Von einem Großmachtstatus aber konnte Rom nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch träumen. Von den beiden Weltmächten war die westliche die ungleich stärkere: Die USA waren, anders als die Sowjetunion, ein unzerstörtes Land; ihre Volkswirtschaft florierte; sie waren einstweilen die einzige Nuklearmacht und hatten im August 1945 durch den Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki aller Welt vor Augen geführt, welche ungeheure Zerstörungskraft im Besitz dieser neuen Waffen lag.

In Europa verlief die Demarkationslinie zwischen Ost und West quer durch den alten Okzident. Sie teilte das besiegte und besetzte Deutschland in zwei Teile. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn gehörten dem Bereich an, in dem die Rote Armee das Sagen hatte, desgleichen die drei baltischen Republiken, die die Sowjetunion sich 1940 im Zeichen des Hitler-Stalin-Pakts völkerrechtswidrig einverleibt hatte und die sie seitdem als Bestandteil ihres Territoriums betrachtete. Ebenso wie Polen, Böhmen und Mähren, die Slowakei und Ungarn bildeten Litauen, Lettland und Estland historisch einen Teil des lateinischen Westens. In den orthodox geprägten Ländern Bulgarien und Rumänien hatte die Sowjetunion bereits vor Kriegsende ihr wohlgesonnene Regierungen an die Macht gebracht. Im ebenfalls orthodoxen Griechenland hatte Stalin dagegen im Oktober 1944 Großbritannien und damit dem Westen den ausschlaggebenden Einfluß zugestanden.

Parteigänger der Sowjetunion in Gestalt kommunistischer Parteien waren 1945 auch an den Regierungen westlicher Länder, nämlich Frankreichs, Italiens, Belgiens und Dänemarks, beteiligt. Aber auf eine kommunistische Machtübernahme deutete hier nichts hin. Stalin war vollauf mit der Befestigung der sowjetischen Macht in dem Teil Europas beschäftigt, den ihm die Westmächte auf der Konferenz von Jalta

im Februar 1945 de facto überlassen hatten. Über diese Zone hinauszugreifen und so die Gefahr einer Konfrontation mit der anderen Weltmacht heraufzubeschwören lag nicht in Stalins Interesse. Der «Generallissimus» (ein Titel, den der sowjetische Diktator seit Ende Juni 1945 führte) glaubte zudem, sich Zeit lassen zu können. Die amerikanische Präsenz in Europa schien eine zeitlich begrenzte zu sein. So jedenfalls hatte sich Franklin Delano Roosevelt, der am 12. April 1945 verstorbene Präsident der USA, geäußert, als er in Jalta zu Protokoll gab, daß die Truppen seines Landes nach Kriegsende nur noch zwei Jahre lang auf dem alten Kontinent verbleiben würden.

Roosevelts Nachfolger, der bisherige Vizepräsident Harry S. Truman, war auf diesen Zeitplan nicht festgelegt, wich aber zunächst von der außenpolitischen Linie seines Vorgängers nicht ab. Wie dieser setzte er darauf, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion über das Kriegsende hinaus fortzuführen. Einen isolationistischen Rückschlag wie nach dem Ersten Weltkrieg brauchte Truman nicht zu fürchten. Mit 89 gegen 2 Stimmen billigte der amerikanische Senat am 28. Juli 1945 den Beitritt der Vereinigten Staaten zu den Vereinten Nationen. Die USA traten damit endgültig aus dem Schatten des historischen Nein heraus, mit dem dasselbe Verfassungsorgan am 19. November 1919 den Völkerbund, das große Projekt des Präsidenten Woodrow Wilson, zu Fall gebracht hatte.

Anders als die Außenpolitik war Trumans innere Politik nach Kriegsende heftig umstritten. Im September 1945, wenige Tage nach der Kapitulation Japans, unternahm der Präsident den Versuch, auch als Sozialpolitiker in die Fußstapfen seines großen Vorgängers zu treten. Er legte dem Kongreß eine Reihe von Gesetzentwürfen vor, die unter anderem eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes von 40 auf 65 Cents pro Stunde, öffentliche Investitionen zur Erreichung der Vollbeschäftigung, Bundesmittel zur Förderung von Wohnungsbau und Slumsanierung sowie eine Ausdehnung bestehender Sozialleistungen vorsahen. Kurz darauf forderte Truman den Kongreß auf, Bundesmittel zum Ausbau des Erziehungs- und Gesundheitswesens zu bewilligen.

Doch mit den meisten seiner Vorstöße drang der Präsident nicht durch. Republikaner und konservative Demokraten verweigerten sich den wichtigsten Vorlagen der Regierung. Bei den Zwischenwahlen vom November 1946 gewannen die oppositionellen Republikaner mit der zugkräftigen Parole «Had Enough?» (Habt ihr genug davon?) Mehrhei-

ten in beiden Häusern des Kongresses: eine bemerkenswerte Parallele zu den «off-year elections» von November 1918, die im Schatten des zu Ende gehenden Ersten Weltkriegs stattgefunden hatten.

Die «Grand Old Party» nutzte ihre neugewonnene Macht, um Er-rungenschaften aus der Zeit von Roosevelts «New Deal» zu beseitigen und den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen. Den Höhe-punkt des sozialpolitischen «backlash» bildete das Taft-Hartley-Gesetz vom Juni 1947. Es verbot das Prinzip des «closed shop», wo-nach Gewerkschaften ein Unternehmen verpflichten konnten, nur organisierte Arbeitnehmer einzustellen, erlaubte es den Arbeitgebern, Gewerkschaften wegen gebrochener Verträge und streikbedingter Schäden zu verklagen, untersagte es den Gewerkschaften, Geld für politische Kampagnen zu spenden, und ermächtigte den Präsidenten, einem von den organisierten Arbeitnehmern beschlossenen Streik eine «Abkühlphase» (cooling-off period) von 60 Tagen, in besonderen Fällen von weiteren 80 Tagen, vorzuschalten. Außerdem mußten Ge-werkschaftsführer, deren Verbände die Dienste des National Labor Relations Board in Anspruch nehmen wollten, zuvor eidlich versichern, daß sie keine Kommunisten seien. Truman legte sein Veto ein, hatte damit aber keinen Erfolg: Senat und Repräsentantenhaus setzten sich mit Zweidrittelmehrheiten darüber hinweg.

[...]